

■ Begriffe sind in gewisser Weise immer dehnbar, denn sie erhalten ihre jeweilige Bedeutung erst im Nachdenken und in der Diskussion. Manche Begriffe jedoch enthalten bereits die Andeutung eines Inhalts: so auch das Zauberwort »Integration«. Es setzt ein im Prinzip gutes »Innen« und ein zumindest fragwürdiges »Außen« voraus. Daraus folgt das Postulat, das Äußere müsse dem Inneren gemäß gemacht werden. Eine reichlich simple Weltsicht. Im Folgenden wird das I-Wort daher

chen den Anschluss an den regulären Unterricht zu finden. Hier sollte eine großzügige Regelung zur Verweildauer möglich sein. Eingliedernde Unterrichtsformen sind ja parallel durchführbar.

Gefährlich sind Erklärungen von politischer Seite, die jungen Menschen schnell in Regelklassen zu stecken, um die absehbaren Sprachprobleme kompensatorisch mit dem Versprechen auf zusätzliche »Sprachförderung« zu erledigen. Der schnelle Übergang in das Regelsystem spart Geld, da keine neuen Vorklassen eröffnet werden müssen. Bei den nötigen Aufwendungen aufgrund gewachsener Klassen kann man sich dann wieder auf Sparzwänge berufen, in Bremen gern mit dem Hinweis auf den Haushaltsnotstand. Für die Neueinstellung von Lehrkräften »fehlen« wie gewohnt die Mittel. Die Ressourcen zur Sprachförderung reichen, sofern sie überhaupt bei den Schulen ankommen, oftmals nicht aus, jedenfalls wenn es nach bekanntem Muster abläuft. Aber Erfolgsmeldungen lassen sich gleichwohl generieren: So und so viele Migranten wurden in die Regelschule überwiesen und sind schon auf halbem Wege zum Schulabschluss – sind sie das wirklich?

Schon bevor die alberne Frage, ob »wir das schaffen«, die Schlagzeilen beherrschte, war das deutsche Schulsystem dafür bekannt, dass die soziale Herkunft den Schulerfolg stark präjudiziert. Unterschiede in Wissen und Fähigkeiten werden im Rahmen von Unterricht und Leistungsbewertung nicht hinreichend ausgeglichen. Die sprachliche Vorbildung durch das Elternhaus oder Peergroups wirkt sich spürbar aus. Welche Startposition hat wohl ein Eingewandter, nach zwei Jahren Deutschkurs, in diesem Wettlauf um Noten und Abschlüsse? Je besser seine Ausbildung in der Heimat, desto besser vielleicht seine Chancen, aber das betrifft nicht unbedingt die Mehrheit, schon gleich nicht Menschen, die aufgrund traumatisierender Erfahrungen oder einem Leben im Kriegszustand keine Bildungsbiografie aufbauen konnten. Sicher kommen gerade Flüchtlingskinder nach

Jahren im Niemandsland des Ausländerrechts mit Lust und Interesse in ihre neuen Schulen; zu hoffen ist, dass sie nicht im Hamsterrad von Notendruck, ungewissen Berufsperspektiven und fortdauerndem Elend in ihren Herkunftsländern zermürbt werden.

Dabei sollten die Eingewanderten die vorhandenen Bildungsmöglichkeiten voll ausschöpfen können, da gerade die Vermittlung von Allgemeinbildung zum Prozess der politischen und kulturellen Auseinandersetzung mit dem Aufnahmeland beitragen kann. Das braucht Zeit, über Generationen, wie Migrationsforscher meinen. Geht es nach der bayerischen Landesregierung, so lässt sich das ganz schnell bewerkstelligen: Im Crashkurs wird gelernt, an welche Regeln man sich zu halten hat. Am Ende wird mit Unterschrift beglaubigt, das Grundgesetz bedingungslos einhalten zu wollen, sonst raus! Solche Unterwerfungsrituale setzen wohl kaum Erkenntnisprozesse in Gang. Für letztere bräuchte es Zeit und offene Diskussionsmöglichkeiten im Unterricht. Doch ohnehin zeichnet sich ab, dass der Schwerpunkt bei einem großen Teil der Flüchtlinge auf beruflicher Bildung liegen wird, nach dem Motto: möglichst schnell in den Arbeitsmarkt.

#### Einwanderung und Arbeit

Arbeitgeber-Präsident Kramer hat ein Anliegen. »Die Wirtschaft wolle bei der Integration von Flüchtlingen gerne helfen«, sagte er im November 2015 auf dem Arbeitbertag. Er will helfen, doch man lässt ihn nicht. So kuschelig wurde die Forderung nach einer Senkung des Mindestlohnes noch nie begründet! Solche und andere Äußerungen zeigen, in welche Richtung es nach den Vorstellungen der Wirtschaft geht: Für gehobene Berufe pickt man sich die Rosinen in Form gut ausgebildeter Fachkräfte heraus. Den Rest der schlechter oder gar nicht Qualifizierten benutzt man zur Lohndrückerei. Noch hat der DGB sich klar dagegen ausgesprochen.

Dahinter stecken allerdings grundsätzlichere Fragen: Arbeitsmigration nach kapitalistischen Gesetzen ist

## Das Zauberwort »Integration«

### Widersprüche eines Begriffs

Werner Pfau

nicht mehr auftauchen, stattdessen sollen einige Anmerkungen gemacht werden zu Einwanderung, Bildung, Arbeit, Einkommen und den ökonomischen Voraussetzungen dafür, über die wenig geredet wird.

#### Einwanderung und Bildung

Die nach Deutschland Eingewanderten verteilen sich bekanntlich auf die unterschiedlichsten Bildungsniveaus, von der ausgebildeten Akademikerin bis hin zum Analphabeten aus ländlichem Umfeld. Die übergroße Mehrheit von ihnen benötigt Deutschunterricht, hier enden auch schon die Gemeinsamkeiten. In einer Zeit, wo schnell Vorklassen aufgebaut werden mussten, konnte keine große Differenzierung nach Neigungen, Vorkenntnissen, Zukunftsplänen o.ä. vorgenommen werden. Ein Konzept für die Beschulung von Eingewanderten müsste Flexibilität in der Sprachvermittlung schaffen. Das betrifft auch die Verweildauer in den Vorklassen. Oft wird auf das Prinzip einer schnellen Eingliederung in den Regelunterricht abgehoben, sicher nicht zu unrecht. Dennoch bleibt zu bedenken, dass ein bis zwei Jahre bei Leuten, die erst noch alphabetisiert werden müssen, wohl kaum reichen dürften, um sprachli-

mit der humanitären Aufnahme von Menschen, zum Beispiel aufgrund politischer Verfolgung oder Bürgerkriegen, nicht leicht vereinbar. Die Anwerbung von Gastarbeitern in den Sechziger Jahren ist ein klassisches Beispiel. Es sollte gar nicht erst zu einem Engpass an Arbeitskräften in bestimmten Bereichen kommen, weil dies die aus Arbeitgebersicht hässliche Fratze überdurchschnittlicher Lohnsteigerungen bedeutet hätte. Einfühlsame Wirtschaftspolitik sorgte für Abhilfe durch den Import von Arbeitskräften.

Doch sofern die aufgenommenen Menschen nicht einfach der Prekariisierung zum Fraß vorgeworfen werden sollen, wären weitergehende staatliche Aktivitäten zur Arbeitsförderung zu diskutieren, als bloße Dumpingangebote. Schweden wird von der OECD als eine Art von Vorzeigeland im Umgang mit Migration dargestellt. Doch auch dort, hat die Organisation nachgerechnet, haben geflüchtete Migranten es schwer, die hohen fachlichen Qualifikationen zu erreichen, die es braucht, um in Lohn und Brot zu kommen. Laut dem

Das u.a. von Deutschland und Frankreich favorisierte Modell der Krisenbewältigung reagiert mit einem Austeritätsregime, welches um der Stabilität des in Euro denominierten Kredits willen rigide Kürzungsarien fordert. Wachstum wird eher abgewürgt als gefördert. Die gestiegene Jugendarbeitslosigkeit in Europa mag als ein Indikator dafür gelten. Deutschland kann sich, aufgrund seiner Exportorientierung – die dafür Haushalte anderswo durcheinanderbringt – noch als relativer Krisengewinnler sehen, zumal durch



Uli Hoeness



Alice Schwarzer



Peter Hartz

## An Integrationsvorbildern herrscht in Deutschland kein Mangel, mit Vorstrafe oder ohne.

Die Geflüchteten von heute wurden nicht aufgrund gesteigener Verwertungsbedürfnisse hierher geordert, sie sind einfach gekommen. Wirtschaftsliberale Stimmen fordern, von ihrem Interesse aus konsequent, die Auswahl der ökonomisch Verwertbaren nach dem Modell, das üblicherweise Ländern wie Kanada zugeschrieben wird. Nur wer nützlich ist, darf kommen bzw. bleiben. Gerade Politiker, die von Eingewanderten lauthals die Einhaltung des Grundgesetzes fordern, sind selbst sehr schnell dabei, Asylrecht und Genfer Konvention auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen.

Angela Merkel hat angekündigt, mit den Vertretern der deutschen Industrie »reden« zu wollen, sie stellen in ihren Augen zu wenig Flüchtlinge ein: 54 waren es bis Juni 2016 in den DAX-Unternehmen, bei ungefähr 140.000 arbeitslosen Flüchtlingen. Wo es die Arbeitsstellen nicht gibt, müssen dann doch Dumpingangebote her: Ähnlich wie Langzeitarbeitslose sollen Geflüchtete für 80 Cent die Stunde arbeiten.

Handelsblatt liegt die Arbeitslosigkeit in dieser Gruppe bei 30 bis 40%. Was unterschlagen wird: Ob es überhaupt das ökonomische Wachstum gibt, das Arbeitsgelegenheiten für die Zugezogenen eröffnet. Ansonsten wäre die Perspektive ja nur, dass gut ausgebildete Migranten Einheimische am Arbeitsmarkt verdrängen und sich die Arbeitslosigkeit ganz diskriminierungsfrei auf beide Gruppen verteilt, zur Freude von Rechtspopulisten, die diesen Zustand wahlkämpferisch ausnützen können.

### **Dominanz der Austeritätspolitik in Europa**

Im Gefolge der Bankenkrise geriet bekanntlich der Euro unter Druck. Er war in großem Maße gedrückt worden, um für systemrelevant erklärte Banken vor den Folgen ihrer eigenen Spekulationsgeschäfte zu bewahren. Dadurch geriet die europäische Währung selbst ins Visier der Spekulation auf den Geldmärkten, die sich auf die schwächsten Glieder der Eurozone einschoss: Griechenland, Portugal und ähnliche Fälle.

die Agenda 2010 schon einiges an Kürzung vorweg genommen wurde. Ob ein solches »wirtschaftliches Umfeld« sonderlich günstig für die Aufnahme von Einwanderern ist, mag bezweifelt werden. Eine andere Frage ist, ob sich Menschen, gerade wenn sie gewerkschaftlich orientiert sind, damit abspeisen lassen wollen, solche Politik sei alternativlos.

Im Klassenzimmer willkommen geheißen zu werden, ist gut, ein Fahrrad geschenkt zu bekommen, noch besser. Ob der Beschenkte mit dem Rad zu einer guten Ausbildung, und später zu einem vernünftig bezahlten Job fahren kann, wird letztlich nicht im Klassenzimmer entschieden. Einwanderung kann nicht allein mithilfe von privatem Engagement oder pädagogischem Idealismus bewältigt werden, sie unterliegt ökonomischen und politischen Voraussetzungen. Wer über letztere nicht reden will, sollte von »Willkommenskultur« schweigen.